



HESSISCHER LANDTAG

21. 04. 2026

Plenum

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nebenkosten dürfen nicht explodieren – Menschen in Hessen vor steigenden Energiepreisen schützen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die steigenden Energiepreise viele Menschen in Hessen zunehmend finanziell belasten. Besonders betroffen sind Mieterinnen und Mieter, die kaum Einfluss auf die Energieeffizienz ihrer Wohnungen und die Wahl der Heizsysteme haben. Gleichzeitig müssen sie die Kostensteigerungen aber unmittelbar tragen. In vielen Haushalten machen die Mietnebenkosten inzwischen einen erheblichen Anteil der Gesamtmiete aus – mit steigender Tendenz. Damit wird deutlich: Hohe Energiepreise sind nicht nur ein Marktproblem, sondern auch eine Frage von bezahlbarem Wohnen.
2. Energetische Sanierungen sind ein entscheidender Hebel, Energiekosten dauerhaft zu senken – gerade im sozial geförderten Wohnungsbau. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung hier ihrer Verantwortung nicht gerecht wird. Seit dem Amtsantritt der schwarz-roten Landesregierung fehlt jährlich ein dreistelliger Millionenbetrag in der sozialen Wohnraumförderung, gleichzeitig wurde die Förderung für energetische Modernisierung im sozial geförderten Segment faktisch auf Eis gelegt. Jetzt soll die energetische Modernisierung ganz aus der Förderrichtlinie gestrichen werden.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen und die Förderungen für energetische Sanierungen im sozialen Wohnungsbau deutlich zu stärken. Denn insbesondere Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen sind darauf angewiesen, dass ihre Nebenkosten nicht explodieren, sondern bezahlbar bleiben.
4. Der Landtag stellt fest, dass die Energieberatung angesichts der steigenden Energiekosten ein zentraler Baustein ist, um Haushalte konkret beim Energiesparen und bei der Umsetzung von Effizienzmaßnahmen zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund kritisiert der Landtag die Kürzungen bei der Landesenergieagentur und der Verbraucherzentrale und fordert die Landesregierung auf, die Energieberatung in Hessen zu stärken und auszubauen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Landesenergieagentur so auszustatten, dass das Projekt zur aufsuchenden Energieberatung nicht nur fortgesetzt, sondern deutlich ausgebaut wird. Hiermit wurden in der Vergangenheit bereits über 10.000 hessische Haushalte erreicht. Dieses Projekt nicht weiter zu finanzieren, ist gerade angesichts der steigenden Energiekosten die falsche Entscheidung.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung außerdem auf, ein Förderprogramm zur landesweiten Ausweitung des Projekts „Hessen checkt Strom“ wieder aufzulegen. Dieses kostenlose Beratungsangebot unterstützt insbesondere einkommensschwache Haushalte dabei, bietet einen kostenlosen Austausch eines stromfressenden Kühlgerätes, leistet so einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und hilft gleichzeitig dabei, die Energiekosten zu senken.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Härtefallfonds für Energiekosten, der im Zuge der ersten Energiekrise ins Leben gerufen wurde, wieder zu reaktivieren, um Menschen zu helfen, die aufgrund steigender Energiekosten in eine Energiesperre geraten sind.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 21. April 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)